



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



www.atomgegner.at

Nr. 1 / März 2021

www.prodemokratie.com

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

10 Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima:

Die todbringende Atommafia ist weiter am Werk

Vor 10 Jahren, am 11. März 2011, überrollte eine 15 Meter hohe Tsunami-Welle die 5,7 Meter hohe Schutzmauer der AKW-Anlagen von Fukushima im Nordosten Japans. Das Ergebnis des bislang verheerendsten Atom-Super-Mega-GAUs: Rund 20.000 Menschen starben sofort. Hunderttausende Menschen wurden radioaktiv verseucht und flüchteten, zahllose „Aufräumarbeiter“ wurden rücksichtslos verstrahlt. Die nach wie vor hohe radioaktive Strahlung und die erhöhte Krebsrate werden von der Regierung geleugnet. Mit Hilfe der Gerichte putzen sich der Atomkonzern TEPCO und die Regierung ab.



Knapp ein Monat vor dem 10. Jahrestag hat ein neuerliches Erdbeben der Stärke 7,3 die Region Fukushima erschüttert und war bis nach Tokio zu spüren. Gemäß der nationalen japanischen Meteorologie-Behörde handelte sich bei dem Erdbeben um ein Nachbeben (!) des schweren Seebebens der Stärke 9,0 vom 11. März 2011. Laut der Atombetreiberfirma von Fukushima, TEPCO, sei durch das neuerliche Beben kein weiterer Schaden an den havarierten AKWs und keine Radioaktivität ausgetreten. Kurz darauf musste TEPCO zugeben, dass in zwei Reaktionen (Block 1 + 3) von Fukushima die Kühlwasserstände deutlich abgesunken sind, also die Blöcke durch das Erdbeben beschädigt wurden und Kühlwasser ausrinnt. Im Block 2 wurde nichts festgestellt, weil es darin keine Messindikatoren mehr gab. Das heißt, es muss noch mehr Kühlwasser als zuvor eingepumpt werden, um

eine Kernschmelze zu vermeiden. Das bedeutet auf der anderen Seite, dass noch mehr radioaktiv verseuchtes Wasser als zuvor in Tanks aufgefangen werden muss. Die bislang vorhandenen Tanks dafür fassen angeblich bis zu 1,37 Millionen Tonnen und sind im Sommer 2021 voll. Deshalb planen TEPCO und Regierung verseuchtes Wasser ins Meer abzulassen. Proteste in Japan und auf der ganzen Welt haben das bisher verhindert.

Seit dem Super-GAU von 2011 versuchen TEPCO und die japanische Regierung gemeinsam die Katastrophe selbst und die schwerwiegenden Folgen zu verharmlosen oder einfach zu verschweigen. Ebenso die internationale Atommafia von den AKW-Erbauern, den Betreiberfirmen, der EU (EURATOM) über die USA (aus der die Fukushima-Reaktoren stammen) und die IAEA (Internationale Atomenergieagentur). Diese IAEA hat ihren Sitz in Wien (!), obwohl Österreich bereits 1978 per Volksabstimmung die Atomenergie abgelehnt hat und seit 1999 dies auch in einem Atomsperrgesetz verankert ist!

Was möglichst nicht ins breite Bewusstsein der Öffentlichkeit dringen soll ist unter anderem:

- **bis zu 400 Tonnen schwer kontaminiertes Grundwasser täglich** liefern seit 2011 ungefiltert ins Meer
- **Weit über eine Millionen Tonnen radioaktiv verseuchte Abwasser** sollen in den Pazifik geleitet werden. Laut Angaben der japanischen Regierung ist das „eine sichere Methode, da sie auch bei normalen Atomreaktoren angewandt werde“. Die Berufung auf die übliche Praxis beim Betrieb „normaler“ AKWs einfach radioaktive Abfälle in die Umwelt abzuscheiden ergibt ein deutliches Bild für das perverse und menschenverachtende Weltbild dieses Industriezweigs. Diese Praxis wird jedoch von der Interessenvertretung der weltweiten Atomlobby, der IAEA mitgetragen und unterstützt!

- **Radioaktive Verseuchung der Biosphäre:** Da trotz Informationsstopp Messwerte an die Öffentlichkeit gelangten, musste TEPCO zugeben, dass das Filtersystem ALPS (Advanced Liquid Processing System) mehrere radioaktive Substanzen (Tritium, Jod-129, Ruthenium-106 und Technetium) **n i c h t** aus dem Abwasser filtert. Einige davon **überschreiten die Grenzwerte** um ein Vielfaches, andere bewegen sich knapp an den Grenzwerten.
- **Profit statt Gesundheit:** Die EU hat wegen des damals schon im Geheimen praktisch fertig ausgehandelten Handelsvertrags mit Japan unmittelbar nach der AKW- Katastrophe von Fukushima, die Grenzwerte für Lebensmittel, welche schon nach dem AKW-GAU von Tschernobyl 1986 angehoben worden waren, weiter angehoben. Seit 26. März 2011 dürfen Lebensmittel aus Japan in die EU eingeführt werden, wenn dafür ein Zertifikat der japanischen Behörden vorliegt, das die Unbedenklichkeit der Produkte bestätigt. Höhere Grenzwerte als im Vergleich zur „Tschernobyl-Verordnung“ hat die EU- Kommission für Japan für die Hauptbelastung durch Elemente Cäsium-134 und Cäsium-137 festgesetzt. Das Handelsabkommen EU-Japan (JEFTA) wurde 2018 still und heimlich unterzeichnet.
- **Der Fisch beginnt beim Kopf zu stinken:** Obwohl in Österreich Fische aus dem Pazifik als nicht mit radioaktivem Cäsium belastet gelistet sind, zeigten bereits Anfang 2016 Meerwasserproben an der Westküste Amerikas, dass das Wasser Fukushima-Cäsiumisotope enthält. Auch in Kanada wurden verseuchte Fische analysiert. **Das heißt für die EU und Österreich – und vor allem für unsere Gesundheit: Entweder die Messmethode ist falsch oder diese Art des Messens hat Methode.**

In Österreich gibt es in Folge des dem Atom-Nein-Volksentscheid von 1978 seit 1999 das „Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich“ (BGBl. Nr. 149/1999). Es besagt:

§ 1. In Österreich dürfen Atomwaffen nicht hergestellt, gelagert, transportiert, getestet oder verwendet werden. Einrichtungen für die Stationierung von Atomwaffen dürfen nicht geschaffen werden.

§ 2. Anlagen, die dem Zweck der Energiegewinnung durch Kernspaltung dienen, dürfen in Österreich nicht errichtet werden. Sofern derartige bereits bestehen, dürfen sie nicht in Betrieb genommen werden.

§ 3. Die Beförderung von spaltbarem Material auf österreichischem Staatsgebiet ist untersagt, sofern dem völkerrechtliche Verpflichtungen nicht entgegenstehen. Von diesem Verbot ausgenommen ist der Transport für Zwecke der ausschließlich friedlichen Nutzung, nicht jedoch für Zwecke der Energiegewinnung durch

Kernspaltung und deren Entsorgung. Darüber hinaus sind keine Ausnahmegenehmigungen zu erteilen.

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Erv/ERV_1999_1_149/ERV_1999_1_149.pdf

Die Formulierungen „völkerrechtliche Verpflichtungen“ und „friedliche Nutzung“ in § 3 sind vor allem auf die EU/EURATOM und die IAEA gemünzt, damit diese weiterhin das internationale tödliche Geschäft der Atomlobby auch von Österreich aus betreiben kann. Daher gilt umso mehr im Sinne des Atom-NEIN-Volksentscheids der Österreicher*innen:

- **Keinen Cent für Atomforschung, keinen Cent für EURATOM oder IAEA**
- **Österreich raus aus EURATOM und IAEA!**
- **IAEA raus aus Österreich!**

Das sicherste AKW ist das nicht gebaute AKW bzw. das vor einer Inbetriebnahme (siehe Zwentendorf) oder vor einer Atom-Katastrophe stillgelegte AKW!

*

Werte Leser*innen!

Wir befinden uns nun schon im zweiten Jahr der Pandemie, ihre Folgen bzw. vor allem deren Handhabung durch die herrschende Politik haben unser Leben verändert, eingeschränkt bzw. wesentlich verschlechtert. Die sogenannte „neue Normalität“ bedeutet für einen großen Teil der Bevölkerung Arbeitslosigkeit und existenzielle Bedrohung.

Wir schätzen und brauchen die Rückmeldungen, Meinungen unserer Leser*innen und wollen mehr davon. Wir wollen von mehr unserer Leser*innen hören bzw. lesen, wie für Sie/Euch das Jahr 2020 war, welche Erfahrungen, welche Veränderungen Sie gemacht haben/ihr gemacht habt.

Was sagen Sie/sagt Ihr zum politischen Geschehen in unserem Land heute. Was ist Ihnen/Euch in Zeiten wie diesen wichtig, welche Ideen haben Sie/habt Ihr, wie reagiert werden sollte.

Weiters ist uns wichtig zu erfahren, was Sie/Ihr zu unserer Zeitung sagen/sagt bzw. was Ihnen/Euch wichtig erscheint in Zeiten wie diesen. Schreibt uns, schickt uns E-Mails an: ggae@gmx.at

Wir freuen uns, mit Ihnen/Euch in einen Dialog zu treten!

Wie man eine „Generation-Corona“ produziert

Ziemlich genau vor einem Jahr wurde der harte Lockdown über Österreich verhängt. An Österreichs Schulen herrschten chaotische Zustände: Home-Schooling, Distance-Learning, Lernplattformen.

Diese Begriffe gehören mittlerweile zum allgemeinen Sprachgebrauch. Die Lehrer*innen erhielten aus dem Bildungsministerium den Zuruf: „Macht mal!“ Und sie machten es mit kaum einer Unterstützung – nur mit bloßen Ankündigungen, wie z.B. allen Schüler*innen werden Laptops zur Verfügung gestellt. Herr Minister Faßmann hat aber – wen wundert es – nur die Höheren Schulen gemeint. Abgesehen davon, dass alle Maßnahmen zuerst über die Medien bekannt gegeben wurden. Eine Respektlosigkeit gegenüber jenen, die die tägliche Arbeit an den Schulen leisten mussten.

Nun kann man sagen, das war alles neu, überraschend, etc. Normalerweise lernt man aus solchen Situationen – nicht jedoch die Bundesregierung. Bis zum Ende des Schuljahres wurden von Seiten der Schulen große Anstrengungen unternommen, einen möglichst befriedigenden Abschluss zu finden. Aber es war schon klar ersichtlich, dass die Kinder wesentlich mehr Förder- und Aufholbedarf haben, als man je gerechnet hatte, besonders jene aus sozial benachteiligten Familien.

Zwischen dem 1. Lockdown und den großen Ferien hätte sich jeder, der mit Schule zu tun hat (Schüler*innen, Lehrer*innen, Schulleitungen, Eltern) erwartet, dass es nun Überlegungen von den Verantwortlichen gibt, wie der Schulbetrieb mit September ablaufen sollte. Dem war aber nicht so, obwohl jedem klar war, dass es kein normales Schuljahr werden würde. Die ersten Direktiven erhielten die Schulleitungen 2 Tage vor Schulbeginn und in der Folge wurde es für jede Schulleitung unerlässlich, die Nachrichten zu hören, um möglichst schnell notwendige Schritte setzen zu können und besorgten Eltern am Telefon mitzuteilen, dass man auch nicht mehr als sie wüssten. Zahlreiche Appelle, man möge doch die Schulen vor den Medien informieren, blieben ungehört.

Was hat das mit der ach so großen Wertschätzung gegenüber Lehrer*innen zu tun? Herrn Faßmanns Dankesbekundungen, die ja nichts kosten, waren vor diesem Hintergrund ein Hohn für die Lehrerschaft!

Nun haben wir bereits den 3. Lockdown hinter uns. An der Vorgangsweise der Regierung hat sich nichts geändert. Hinzu kommt noch, dass Lehrer*innen mit einer Selbstverständlichkeit bis an die Grenze der Belastbarkeit mit Arbeiten überhäuft werden: Schichtbetrieb mit stundenplanmäßigem Präsenzunterricht in Kombination mit Online-Betreuung der

zuhause gebliebenen Schüler*innen, Durchführung der Corona-Tests, psychosoziale Betreuung der Kinder und Jugendlichen, Hilfestellungen bei technischen Problemen. Enormer Verwaltungs- und Planungsaufwand, der aus dem Schichtbetrieb für die Schulleitungen resultiert. Mit einer Selbstverständlichkeit wird letzteren auch noch aufgehalst, die Gurgeltests bei jenen Schüler*innen abzunehmen, deren „Nasenbohrertest“ positiv waren. (Ist das Virus in den Direktionen weniger gefährlich?)

Nach den Semesterferien beginnt die Planung des kommenden Schuljahres – jedenfalls in den Schulen. Diese stehen vor dem Problem, dass jene Kinder mit Förder- und Aufholbedarf besser unterstützt werden müssen, um nicht wirklich eine „Generation Corona“ entstehen zu lassen. Für Schulen mit der besonderen Herausforderung eines hohen Anteils an Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien bzw. Familien mit geringem Haushaltseinkommen, die sich Nachhilfestunden nicht leisten können, braucht es zusätzliche finanzielle Mittel und eine zentrale Weichenstellung, wie diese Mittel einzusetzen sind.

Bis jetzt ist keine einzige der Extra-Förderstunden, die bereits für Semesterbeginn vom zuständigen Minister medial angekündigt wurden, an den Schulen angelangt. Bereits für das Sommersemester an den Schulen ausgearbeitete Förderkonzepte können nicht umgesetzt werden. Angeblich habe der Finanzminister das Budget für die versprochenen zwei Stunden pro Klasse und Woche noch nicht frei gegeben. Als es um Fördergelder in Millionenhöhe für Benko & Co ging, war Herr Blümel nicht so langsam. Da ging es ja um seine Freunde, die Schüler*innen zählen nicht dazu.

Jeder/jedem engagierten Pädagogin/Pädagogen und auch vielen verantwortungsbewussten Funktionsträgern in den Bildungsdirektionen ist klar, dass Bildungspolitik und Schulen rasch reagieren und investieren müssen, damit nachhaltige Bildungsverluste unterbunden werden.

Faßmann, Blümel und Kurz wissen das sehr wohl, es ist ihnen aber kein Anliegen. Sie schicken ihre Kinder und Enkelkinder in Privatschulen, lassen das öffentliche Schulwesen aushungern und produzieren eine Reservearmee an billigen Arbeitskräften, ein Heer von desillusionierten, jungen Menschen, die sie so für alle möglichen radikalen Ideen – seien es religiöse oder politische – anfällig machen.

Aktualisierung: Seit Montag, 8. März 2021, sind die Förderstunden nun verfügbar. Lange hat es gedauert. Wer wird diese Stunden halten? Die bereits am Limit arbeitenden Lehrer*innen? Ein ausgearbeitetes Konzept für Neuanstellungen oder Einsatz von Student*innen gibt es nicht. Diese Personen werden erst gesucht.

Corona: Murks mit Methode!

Der Kanzler und seine Ministranten in der Regierung benutzen ihre Amtswissenschaftler, um ihre Beschlüsse und Erlasse in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

Diese, oft schon in Ministerien oder anderen Ämtern eingebundenen Experten beraten in geheimen Sitzungen die ohnehin von Profit- und Machtinteressen geprägte Regierung, dann folgt eine Kopfwäsche durch Vertreter von Industrie, Handel, Gewerbe und Fremdenverkehr und schließlich wird mit den auch wieder von Lobbyisten kontrollierten Landeshauptleuten gesprochen. Die daraus resultierenden Regierungsbeschlüsse und Erlasse werden danach bombastisch und mit Fahnen als Zeichen der Staatsmacht im Hintergrund verkündet. Ausgesuchte Experten erläutern in Folge dem „unwissenden Volke“ mittels Medien diese „weisen Beschlüsse“. So kommt es dazu, dass beim anfänglichen Mangel an Masken, diese von Experten als ohnehin nicht wirksam erklärt wurden und die, der Eingebung des Kanzlers entstammenden ziellosen Massentests nach slowakischem Vorbild und mit viel zu teuer beschafften Antigen-Schnelltests als wichtigster Schritt in der Pandemiebekämpfung beworben wurden. Die enthusiastisch propagierte Corona-Ampel erweist sich mehr und mehr als „Heurigenbuschen“ oder „Rote Laterne“. Wochenlang wurde eine zweite Welle der Pandemie als absurd bezeichnet und, als wir Weltmeister bei den täglichen Neuinfektionen und Todeszahlen waren, zeigte man sich total überrascht und jetzt zeichnet sich schon eine dritte Welle ab. Vom Beginn der Pandemie an wurde die Impfung als einziger Weg, „ein kleiner Piks als großer Schritt zur Normalität“ gepriesen. Als der Impfstoff ausging, wurde die mögliche Zeitspanne zwischen Erst- und Folgeimpfung auf Monate gedehnt und es wurde nur mehr von der wahrscheinlichen Verhinderung von „schwersten Erkrankungen mit Todesfolge“, durch die Impfung gesprochen. Das erinnert stark an das Verhalten von Marketing-Managern mächtiger Großunternehmen, die auch immer nur die jeweils positiven Eigenschaften ihrer Produkte anpreisen und eventuelle Nebenwirkungen tunlichst verschweigen.

Echte Fachleute, die brauchbare Informationen zu genetischen Änderungen beim Virus oder Modelle zur Verminderung seiner Ausbreitung liefern könnten, also wirkliche Experten hört und sieht man selten bis überhaupt nicht oder sie verschwinden bei kritischen Stellungnahmen, die Wirtschaftsinteressen tangieren, sehr schnell von der Bildfläche. So bleibt durch die Einengung der Diskussion auf den Gegensatz zwischen gerade herrschender „offizieller Amtswissenschaft“ und den rechtsradikal oder esoterisch entgleisten „Coronaleugnern“ kein Raum für sinnvolle und notwendige Auseinandersetzungen mit

Gefahren, notwendige Maßnahmen und eventuellen Alternativen.

Profitgier macht Vertuschen, Verdrängen und Aussitzen nötig!

Wie schon in unserer letzten Ausgabe berichtet, wurden von den verantwortlichen Politikern über den gesamten Sommer nicht nur warnende Signale für die explosionsartige, exponentielle Ausbreitung des Virus bewusst ignoriert und vom Licht am Ende des Tunnels gefaselt, sondern es wurde am Ende des Sommers eine wirksame Verhinderung der Ausbreitung mit dem vorwiegend aus Kroatien (aber auch dem übrigen Balkan und der Türkei) zurückflutenden Ferienverkehr durch mangelnde Kontrolle und Testung versäumt. Im Westen war man im Hinblick auf die anlaufende Wintersaison einzig darum bemüht, das Debakel von Ischgl, durch welches schon am Ende des letzten Winters die Hälfte des westlichen und nördlichen Teils von Europa verseucht wurde, zu vertuschen und zu verdrängen. Es erhebt sich der Verdacht, dass deswegen auch bei der internationalen wissenschaftlichen Plattform zum Nachverfolgen der weltweiten Infektionsketten mit dem Namen „Nextstrain“ (nächster Erregerstamm) von offizieller Regierungsseite nicht mitgemacht wurde um die Abstammung des entsprechenden Virusstammes aus Ischgl möglichst zu verschleiern. Die Analyse dieser Änderungen im Virusgenom erfolgt durch Sequenzierung („Reihenfolgeentschlüsselung“), wobei nicht nur, wie beim häufig genannten PCR Test, ein Teil der Molekül-Bausteine des Virus (Nukleotide) nachgewiesen wird, sondern die gesamte Reihenfolge aller genetischen Bausteine der Virus-Ribonukleinsäure aufgeschlüsselt wird. Durch die aufgefundenen genetischen Veränderungen im Virus (Mutationen) kann nicht nur der geographische Weg, den das Virus mit welchem Tempo zurücklegt hat, verfolgt werden, sondern auch wichtige Erkenntnisse über die Übertragbarkeit des veränderten Virus und die Gefährlichkeit für erkrankte Personen gewonnen werden.

Die Aufdeckung von Mängeln kränkt die „Nationale Ehre“

Wie gesagt, das offizielle Österreich hat sich beim Sequenzieren vorerst vollkommen zurückgehalten und vom Mai 2020 bis 21. Jänner 2021 wurde lediglich **ein!** Resultat ins internationale System eingespeist (z.B. USA 634, Chile 105, Island 45 und UK 37) obwohl von einigen Forschern auf Eigeninitiative schon Resultate vorhanden waren. Monatelange Verzögerungen wurden mit der faulen Ausrede von „Übertragungsfehlern“ erklärt. Jetzt, wo nicht nur die englische Variante, sondern auch eine noch gefährlichere südafrikanische Variante B.1.351 im Infektionsgeschehen überhandnehmen, zeigt sich eine erhöhte Ansteckungsrate. Zeitverzögert ergibt

sich damit auch eine erhöhte Sterblichkeit. Darüber hinaus ist auch schon eine gefährliche brasilianische Variante in Sicht – nun erst wird auch bei uns emsig sequenziert. Dank der Wissenschaftler in Wiener Forschungszentren ist Österreich dabei ganz gut aufgestellt. Das mit Verzögerung eingerichtete Portal der AGES zum Vergleichen und zum Einschätzen dieser Resultate ist aber auch für Fachleute schwer durchschaubar, und Experten für Modellrechnungen klagen über fehlende Daten. Die Proben aus Tirol mit der rasanten Ausbreitung der gefährlichen südafrikanischen Variante wurden zeitraubend zwischen Tirol und Wien verschickt, um wieder einmal Zeit zu gewinnen und um anscheinend wieder das Ausmaß des Desasters zu verschleiern. Man hat im Westen Österreichs aus dem Debakel von Ischgl „**nichts gelernt**“.

Mit der Ausrichtung auf die verbleibende aktuelle Wintersaison bis Ostern wurde trotz hoher Infektionszahlen schon billiges Saison-Personal aus dem Ausland unter dem Vorwand der Arbeitssuche einquartiert. Mit der Begründung von Zweitwohnsitzen und Skilehrerausbildung wurden auch zahlreiche ausländische Winterurlaubsgäste ins Land gelockt, und dies trotz des schon verhängten österreichweiten „**lockdown**“. Der Begriff **lockdown** wird offiziell scheinbar auch deshalb gern gebraucht, da er viel freundlicher klingt als der entsprechende deutsche Begriff **Abriegelung**. Um das fröhliche Urlaubstreiben zu ermöglichen, wurde in Absprache mit der Bundesregierung beschlossen, die Seilbahnen weiter zu betreiben. Die gefährlichen Virusvarianten werden zwar nicht auf den Skipisten verbreitet, aber bei entsprechenden geselligen abendlichen Zusammenkünften. Lech zählte im Jänner mehr ausländische Bewohner von sogenannten Zweitwohnsitzen (700) als Einwohner. Auch in St. Anton tummelten sich massiv Skiurlauber, mit der Vorgabe, auf Arbeitssuche zu sein. Ähnlich sah es in allen anderen westlichen, aber auch südlichen Skihochburgen (Nassfeld in Kärnten) aus. Mit den angeblichen Skilehrerlehrlingen aus ganz Europa hat man sich die ansteckendere englische Variante B.1.1.7 ins Land geholt. Nicht nur mit dem mutmaßlichen Einzeltäter, der einen aus Südafrika zurückgekehrten Kollegen getroffen haben soll, sondern sehr wahrscheinlich auch mit einer Gruppe von „notleidenden“ Hotel- und Seilbahneignern (Jetset-Golfer), die mit dem Privatjet und dem Virus aus Südafrika ins Zillertal heimgekehrt sind, hat man die rasante Verbreitung der südafrikanischen Virusvariante (B1.351) vorangetrieben. Damit ist Tirol wieder einmal, wie schon mit Ischgl, zum internationalen Brennpunkt auch dieser gefährlichen Südafrikavariante geworden. Die Empfehlung namhafter Virologen (z.B. die Innsbrucker Virologin Dorothee von Laer) hat letztlich nach wochenlanger Verzögerung zu einer Abschottung von ganz Tirol geführt. Empörung und verbale Gewaltausbrüche waren die Reaktionen der verantwortlichen Politiker

und Landessanitäter, Wirtschaftskammerer, alle im Auftrag der Wirtschaft, aber auch AK und ÖGB machten mit, nachdem die Verharmlosung und Vertuschung des Skandals misslungen war. Das ist die dramatische Situation im „wilden Westen“, aber auch der Rest des Landes hat riesige Probleme.

Das Virus pendelt mit

Die heftigen Reaktionen, nicht nur der Tiroler, sondern auch der Bundesminister für Inneres und Äußeres auf das Einreiseverbot von Pendlern aus Österreich und Tschechien nach Deutschland zeigen, dass hier mit dem Ausbleiben von billigen Arbeitskräften ein Nerv der Wirtschaft getroffen wurde. Da damit die Verfügungshoheit der „freien Wirtschaft“ und der „freien Unternehmer“ auf den unbeschränkten Zugriff auf billige Arbeitskräfte und mit der EDV-Erfassung der pendelnden Arbeitnehmer, ganz besonders auch auf die Schwarzarbeiter, angetastet wurde. Nun schaltete sich auch gleich die EU ein und versuchte diesen Angriff auf das freie Unternehmertum zu verhindern und die Regelungen aufzuweichen.

Die Maßnahmen von Deutschland führten schließlich dazu, dass wie bei schweren staatlichen Zerwürfnissen sogar der deutsche Botschafter ins Außenministerium bestellt wurde. Das Einpendeln von Arbeitskräften aus umgebenden Ländern stellt eine eklatante virale Sicherheitslücke dar, die nach wie vor ältere Menschen und – ganz besonders in Altersheimen – häufig auch tödlich betrifft. Die jahrzehntelangen Versäumnisse im Gesundheitsbereich, und hier ganz besonders bei der Pflege, haben eine massive Abhängigkeit von „billigen“ Kranken- und Pflegekräften geschaffen, die täglich oder wöchentlich aus den umgebenden und vom Virus geschehen noch viel stärker betroffenen Nachbarländern einpendeln und somit trotz „starkem lockdown“ ein ständiges Einströmen der gefährlicheren englischen Virusvariante bewirkten. Man setzt voll auf billigste ausländische Arbeitssklaven, die wenn es sein musste auch eingeflogen wurden. Denn, so wie die großen Frachtunternehmen im Güterverkehr sich weigerten ihre LKW-Lenker zu testen, waren auch alle anderen Arbeitspendler von irgendwelchen Testvorschriften ausgenommen. Letztlich einigte man sich mit den stark verseuchten Nachbarländern die Gültigkeit eines negativen Zertifikats für alle Pendler auf einer Woche auszudehnen, was für das Infektionsgeschehen und damit für die lebensbedrohliche Gefährdung von, wie man scheinheilig fürsorglich gerne sagt, „vulnerablen“ Menschen völlig unverantwortlich und sogar lebensbedrohlich ist. Eine der häufig gebrauchten zynischen Verniedlichungen in diesem Zusammenhang geschieht auch mit dem Ausdruck „**an oder mit dem Virus gestorben**“ der den Eindruck erwecken soll, dass nur sehr alte und sieche Menschen, die ohnehin schon in Todesnähe waren, dann halt auch noch infiziert wurden und das Virus nur ein kleines Beiwerk

zu den tödlichen Vorerkrankungen war. In **85 % der Fälle**, in denen mit Corona infizierte Menschen sterben, ist dem Chef-Pathologen der Uniklinik Augsburg zufolge, das Virus auch Grund für ihren Tod. **"Die meisten könnten noch leben, wenn man sie nicht mit dem Coronavirus infiziert hätte".**



Corona-Müdigkeit und die Bereitstellung von Impfstoff

Wie schon öfter betont, steht bei den Aktionen der Regierung das Wohl der Wirtschaft im Vordergrund und die Maßnahmen für die Gesundheit und auch das Leben der Bevölkerung sind deshalb oft vollkommen ineffizient. Trotz der bedenklich hohen Fallzahlen und des Überhandnehmens der gefährlichen englischen Variante und des häufigeren Auftretens anderer Varianten gibt man nun regierungsseitig und in den Medien immer wieder einer „Corona-Müdigkeit“ der Bevölkerung die Schuld an den hohen Infektionszahlen. Man verortet die Schwerpunkte der Infektion bei den privaten Haushalten und verschleierte vollkommen, wie sie dort hineinkommen. Was nützt eine überwiegend sehr disziplinierte Bevölkerung, wenn das Virus frei über die Grenze pendelt und sich an prekären Arbeitsplätzen ausbreitet. Als Beleg für diesen angeblichen Frust der Bevölkerung werden dazu noch die von rechtsextremen Demokratiefreunden organisierten Demonstrationen scheinheilig verboten, aber dann doch auch von der Polizei als organisierte „Spaziergänge“ oder Faschingsumzüge geduldet.

Als Erlösung von der Pandemie wurde schon ganz am Anfang dieser, die breite Impfung der Bevölkerung (70%) gepredigt, und der Heilsbringer Kurz drohte sogar damit, seinen Geduldsfaden reißen zu lassen, als dabei Verzögerungen und Pannen bei der Impfstofflieferung auftraten. Nun, fernab jeglicher

Gegnerschaft zu Impfungen bietet sich hier ein trauriges Schauspiel wo das Marketing und die Profitgier der Pharmakonzerne, Regierungsmitglieder aller Nationen, Medien, Wirtschaftsmanager, Fremdenverkehrsreferenten und Seilbahnaktionäre sowie unzählige Experten für alles Mögliche in ständiger wechselseitiger Abhängigkeit voneinander, jedes sich auch nur etwas aufhellende Bild vollständig vernebeln. Einigermaßen klar wird jedoch, dass die Pharmariesen in ungeheurem Ausmaß und mit nie dagewesener Geschwindigkeit die Entwicklung von Impfstoffen finanziert bekamen, die Zulassungsgeschwindigkeit auf weit unter ein Zehntel der Zeit reduziert wurde (von etwa 8 Jahren auf 8 Monate), Absatzgarantien für die noch nicht zugelassenen Impfdosen gegeben und diese auch vorfinanziert wurden und sie für eventuelle Folgeschäden von Impfungen praktisch keinerlei Haftung haben. Das bedeutet eine totale Umkehr des europäischen Vorsorgeprinzips, dass nämlich der Hersteller eines Produktes vor dem Verkauf auch die langfristige Unbedenklichkeit nachzuweisen hat. In den USA können Produkte einmal produziert und vermarktet werden, und bei Schäden muss der Geschädigte dann nachweisen, dass der Schaden durch dieses Produkt entstanden ist, was infolge der Wirtschaftsmacht der Konzerne praktisch unmöglich ist (siehe Monsanto, Bayer ...) und oft erlebt man zufolge der erlittenen Schädigungen das Prozessende nicht. Ein solches Vorgehen, mit der Übernahme aller Entwicklungs-, Betriebs- und Folgekosten in diesen Dimensionen, hat es bisher nur bei der Atomindustrie gegeben. Im Falle der Beschaffung des Impfstoffes von Pfizer durch Israel (was immer als so vorbildlich angesehen wird) wurden darüber hinaus die persönlichen Gesundheitsdaten der gesamten Bevölkerung ohne diese zu fragen an Pfizer weitergegeben. Das widerspricht nicht nur jeden internationalen ethischen Vereinbarungen für Pharmaversuche (Helsinki Protokolle), sondern der Preis dieser Gesundheitsdaten übersteigt den Preis der Impfdosen um ein Mehrfaches. Gesundheitsdaten erzielen derzeit Höchstpreise am Datenmarkt. Mit diesen Gesundheitsdaten können ganz gewaltige Verkaufsstrategien für eine große Anzahl weiterer Pharma-produkte, auch gegen Konkurrenzkonzerne erstellt werden. Dieses Modell kann doch nicht uns als Vorbild dienen – es wird aber mit e-card und Impfpass und Nachverfolgung der Nichtgeimpften anscheinend schon eingeleitet. Apropos Vorbild Israel: Bei einer angeblichen Immunität von nahezu **80%** (Geimpfte und nach Erkrankung Genesene) liegt Anfang März die Anzahl von Neuinfizierten im 7 Tages-Durchschnitt bei über 3.000 und das ist etwa doppelt hoch wie in Österreich. Ähnlich dramatisch sind die Relationen bei hospitalisierten Patienten und in den Intensivstationen. Mit seinem hohen Infektionsrisiko gilt Israel als **"Hochinzidenzgebiet"** und es bestehen dringliche Reisewarnungen. Irgendetwas stimmt hier nicht beim Vorbild.

Normalität durch Impfung

Wenn man nun den Einfluss der Impfstoffe auf das Epidemiegeschehen abschätzen sollte, dann wird es höchstwahrscheinlich eine Minderung der Dynamik bringen, da sich die bisher beobachtete Wirksamkeit der Impfstoffe auf eine Reduktion von Infektionen mit schweren Verläufen beschränkt, aber trotzdem Infektionen ohne Symptomen und bis zu einem bisher noch nicht bestimmten Grad auch weitere Infektionen der Umgebung durch diese Personen möglich sind. Das heißt letztlich, dass das Virusgeschehen nicht gestoppt wird, sondern eben langsamer weiterläuft (was ja auch schon eine Besserung wäre). Ganz besonders problematisch ist hier neben der britischen, die südamerikanische Virus-Variante zu beachten, da dabei die Abwehr von neuerlichen Infektionen, sowohl bei durchgemachter Krankheit, als auch nach der Impfung beeinträchtigt wird. Umso wichtiger wäre es, diese Variante in Tirol einzugrenzen oder eine schnelle Ausbreitung daraus zu verhindern, was durch verspätete und unzureichende Maßnahmen ohnehin schon verwässert wurde.

Die Wiederinfektionen nach durchgemachter Erkrankung sind ein eigenes Kapitel. Es konnte gezeigt werden, dass Antikörper nach einer Infektion existieren und damit ein recht hoher Schutz vor Wiederinfektion zumindest 9 Monate nach der Erkrankung für einen hohen Anteil von Genesenen gegeben ist. Eine Studie in Ischgl ergab, dass bei einem Anteil von 40 Prozent der Einwohner Antikörper nach einer vor 9 Monaten durchgemachten Erkrankung aufwiesen und die zweite Welle der Infektion für alle Einwohner von Ischgl überhaupt nicht auftrat. Die vielbeschworene „Herdenimmunität“ scheint also bei entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen auch schon weit unter 70 Prozent vorhanden zu sein (das wird auch durch theoretische Simulationsmodelle bestärkt). Trotzdem beharrte man, solange noch ein scheinbarer Überfluss an Impfstoff denkbar war, in allen Regierungserklärungen auf die Impfung auch der Menschen, die schon eine Infektion durchgemacht haben. Es geht nämlich um die satte Menge von ca. 50 Millionen EU-Bürgern, die eine Coronainfektion überstanden haben und damit um 100 Millionen Impfdosen (ca. 1 Milliarde Euro), deren Absatz der Pharmaindustrie anscheinend zugesagt worden ist. Jetzt, wo die Versorgung mit Impfstoffen stockt, denkt man auch manchmal daran, Genesene vorerst einmal nicht zu impfen. Man konzentriert sich bei den Impfungen auf die, durch das offenbar noch immer ungenügend getestete Pflegepersonal, gefährdeten alten Menschen in den Pflegeheimen, was im Hinblick auf eventuelle Langzeitfolgen der Impfungen auch plausibel ist, diese werden bei sehr betagten Menschen ja nicht zu beobachten sein. Dann werden nach, wahrscheinlich noch mehrfach zu revidierenden Impfplänen weitere Gruppen folgen. Wie schon gesagt können diese

Impfungen, einen Teil dazu beitragen die Dynamik der Pandemie zu bremsen, alle anderen Maßnahmen sind aber auch nach vielen Impfungen notwendig, da die Infektionsketten ja nicht gestoppt werden und man erst recht im Hinblick auf die neuen Varianten die vielbesagte Herdenimmunität bei 70% Geimpften ad acta legen sollte.

Viel wichtiger wäre es durch konsequentes Testen von entscheidenden Zielgruppen und nicht durch ziellose Massentests Infizierte zu finden und samt Kontaktpersonen zu isolieren. Damit und mit der **effektiven** Abschirmung von stark befallenen Orten oder Gebieten können die Infektionszahlen wirksam gesenkt werden. Dazu gibt es hervorragende internationale Beispiele, auch aus Deutschland, wie in München, Tübingen, Rostock und Münster. Die Zahlen sprechen für diese deutschen Städte: Seit geraumer Zeit liegt dort auch ohne großartige Impfungen die Inzidenz unter 50 Neuinfektionen pro Woche und 100.000 Bewohnern. Sie sind so nicht mehr als Risikogebiete eingestuft. Dieses Modell kommt auch dem Vorschlag von zahlreichen internationalen Wissenschaftlern nahe, die eine sofortige zeitlich begrenzte Quarantäne für Orte mit Clustern und eine freie Gesellschaft für infektionsfreie Orte vorschlagen. So könnte man die Infektionsherde einschließen und auslaufen lassen und die gesunden Gebiete kontinuierlich erweitern. Damit könnte auch das Gewusel und Gedränge bei den Impfungen gedämpft werden. Man könnte von überfallsartigen und hektischen Propagandaaktionen, wie die Kurz-Reise nach Jerusalem oder wenn sich seine Prophezeiungen über Lichter im Tunnel nicht erfüllen zu sachlicher Information der Bevölkerung übergehen. Man müsste dann auch nicht immer wieder die Schuld den privaten Haushalten zuschieben.

Immer stärker erhärtet sich aber der Eindruck, dass dieser Murks Methode hat und immer wenn die dann steigenden Infektionszahlen das offizielle Versagen aufzeigen, werden die Freiheitsrechte und Zukunftsperspektiven der Bevölkerung um einen weiteren Schritt eingengt. Europaweit geht der Trend dahin, dass durch die Verbreitung von immer neuen Varianten immer neue (nachjustierte) Impfstoffe hergestellt werden sollten und damit das Riesengeschäft der Pharmariesen fortgesetzt wird. Dieser Eindruck wird auch durch die Vereinbarungen von Netanjahu und Kurz bestärkt. Da diese ja noch schneller auf den Markt kommen sollten und damit das ohnehin schon kritisch verringerte Procedere bei der Zulassung noch minimaler ausfallen muss, wurde von der EU für diese Impfstoffe schon vorab die volle Haftung für eventuelle Schäden zugesagt. Mit künstlich erzeugten Lieferengpässen sind die Regierungen/EU weiterhin total erpressbar. Alle negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung werden somit auf unbestimmte Zeit fortgeschrieben.

Die Pandemie ist nicht die Krise

Das kapitalistische Versprechen, dass, wenn wir uns nur sehr anstrengen und brav arbeiten, wir es schon zu etwas bringen können, ist ja für die Mehrheit der Österreicher*innen schon die letzten 10/15 Jahre nicht mehr wahr und dieses Versprechen wird gerade mit den Krisenfolgen, die sich durch die Pandemie verstärkt und schneller zeigen, für immer mehr Menschen Schall und Rauch.

Die Corona-Pandemie ist keine Corona-Krise

Die Corona-Pandemie fällt nur zusammen mit der schon länger schwelenden Krise der Profitwirtschaft. Diese zeichnet sich nicht nur durch die weltweit verbreitete Art des Produzierens rund um den Erdball (Globalisierung), des Umverteilens der weltweit geschaffenen immensen Wertschöpfung hin zu den Konzernen und Reichen aus. Diese Wirtschaft, die auf Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt beruht, erzwingt immer unwürdiger werdende (Über-)Lebensbedingungen. Diese Art des Wirtschaftens bringt nicht nur den lebensbedrohlichen Klimawandel, Klimakatastrophen, sondern auch solche Pandemien hervor. Diese Art des Wirtschaftens und diese Politik, die diese Profitwirtschaft schützt und exekutiert, kann auch die rasende Ausbreitung der Pandemie nicht eindämmen. Sie kann nicht einmal eine Pandemie im Sinne und vor allem im Interesse des Schutzes der Gesundheit und Sicherheit der Menschen managen. Weil eben NICHT der Mensch im Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik steht, sondern „koste es was es wolle“ der Profit - wie zuletzt sichtbar beim Impfstoff-Hin- und Her.

Chris Lohner

„Ich verachte mittlerweile den höhnischen Spruch: ‚Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s uns Menschen gut‘ – was ist, wenn keine Menschen mehr da sind? Wir müssen aus der Pandemie lernen – Raffgier, Profitgier führen zur Katastrophe.“

Chris Lohner, ehemalige ORF-TV-Moderatorin und „ÖBB-Stimme“ seit Jahrzehnten, fasste so nach ihrer überstandenen Corona-Erkrankung ihre Erfahrungen zusammen und kann oder will laut „Kurier“ mit den politischen Entscheidungsträgern dieses Landes keine Freundschaft mehr schließen. (Kurier, 9. 2. 2021)

Die durch den gesellschaftlichen und den technischen Fortschritt, Automatisierung, Rationalisierung, Digitalisierung, an sich nicht schlechte Folge, dass immer weniger notwendige Arbeit erforderlich ist, führt unter dem Diktat der Wirtschaft zu noch mehr Ungleichheit: steigender Arbeitslosigkeit, steigender Armut für viele, zu zunehmendem Reichtum für einige wenige!

Weltweit haben die Superreichen laut Analyse der Schweizer Großbank UBS und des Beratungsunternehmens PwC im Pandemiejahr 2020 ihr Vermögen um 28% vermehrt (WirtschaftsWoche, 7. 10. 2020). In Österreich gehört rund 300 Superreichen über ein Drittel des Finanzvermögens, rund 50.000 Personen haben 55 Prozent davon (AK Wien und NÖ). Was die



Millionäre angehäuft haben, wurde zuvor über Jahrzehnte von Millionen von arbeitenden Menschen erwirtschaftet und wurde ihnen durch niedrige Löhne, Gehälter oder Pensionen vorenthalten! Darüber hinaus stammen 80 bis 85 Prozent des Steueraufkommens des Staates direkt von den arbeitenden Menschen.

Das müsste nicht sein. Durch Arbeitszeitverkürzung, höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen (mehr Personal, mehr Ressourcen) in vielen schon jetzt und erst in Zukunft so notwendigen Berufen und Tätigkeiten (z.B. Pflege, Erziehung, Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, usw.) ist ein sinnvolles, ökonomisch, sozial und geistig reichhaltiges Leben möglich. Denn es gibt genug Reichtum, so dass jede/r von uns genug für ein gutes Leben hätte, wenn das, was zur Verfügung steht, was erarbeitet wird, was die Gemeinschaft an Wohlstand und Reichtum erzeugt, richtig für die Masse der arbeitenden Menschen eingesetzt und gerecht verteilt wird.

Profitwirtschaft braucht Ausbeutung und erzeugt Krisen

Dieses auf Ausbeutung und Profit aufgebaute Wirtschaftssystem ruiniert schon in Friedenszeiten Erde, Wasser, Luft, die Gesundheit der Menschen und droht uns zudem mit Kriegen der Großmächte und ihrer Konzerne um Rohstoffe, Absatzmärkte, Macht und Einflussphären zu überziehen.

Schon seit 20 Jahren rechnen Expert*innen mit einer Pandemie. Doch die Regierungen, die im Interesse der Bevölkerungen handeln sollten, haben keine Vorbereitungen getroffen, im Gegenteil: überall wurden und werden weiterhin die Gesundheitssysteme mehr oder weniger heruntergefahren.

Aus der Wirtschaftskrise wird eine „Corona-Krise“ gemacht

Was heißt den eigentlich „Coronakrise“? Dass Corona in der Krise sei? Das wäre super, dann hätten wir ein Problem weniger. Und je heftiger die Wirtschaftskrise wird, heißt es immer öfter: „Corona ist der Feind“, Corona ist schuld an der Wirtschaftskrise. Doch das ist so nicht wahr. Die Wirtschaftskrise ist eine Krise der Profitwirtschaft. Die Pandemie verschärft diese Krise und macht brutal das Versagen des kapitalistischen Systems nicht nur bei der unmittelbaren Bekämpfung

der Pandemie, sondern auch bei den Pandemiefolgen deutlich. Um davon abzulenken, nutzen Konzernen und Reiche, ihre politischen Vertreter*innen, das gesamte Establishment, das Virus für ihre Propaganda: Der „Feind“ ist Corona, Corona ist schuld am Desaster, nicht das kapitalistische Profitsystem. Aus, Schluss, basta. Frage nicht, arbeite solange du noch einen Job hast, kusch, kauf und gehorche. Konsumiere, jeder für sich allein, das von riesigen Internetkonzernen vorgefabrizierte virtuelle, digitale „Leben“, als Einbahnstraße und nach dem Motto „alles Gute kommt von oben“ und akzeptiere den persönlichen, sozialen und ökonomischen Niedergang.

So kommen immer mehr Menschen in ökonomische, soziale, körperliche und seelische Bedrängnis und Not und werden damit mehr oder weniger im Namen von „Eigenverantwortung“ allein gelassen – und noch mehr ausgebeutet. Gleichzeitig werden damit satte Internetgeschäfte gemacht. Dein bester Freund soll der Kanzler und der PC sein. Für private Treffen musst Du jetzt die Spionagekamera von Google & Co einschalten. Willst Du dich zu Hause „treffen“, dann macht Zoom nach 40 Minuten Schluss – oder Du zahlst, damit man Dich zu Hause mit anderen virtuell austauschen lässt – und hört und sieht dabei noch zu. Schöne, neue Welt – für wen?

Hetze, Spaltung, Drohung

Die Obrigkeit ist schon in den vergangenen Jahrzehnten mit Hilfe der Massenmedien daran gegangen, einen nicht unerheblichen Teil der Gesellschaft wie Arbeitslose, Sozialhilfebezieher, Arme, Flüchtlinge, Asylwerber, Obdachlose gegenüber dem Rest der Bevölkerung zu ächten und als „Minderleister“ und Schmarotzer an der Gesellschaft hinzustellen. Die Reichen hingegen, die ihren Reichtum durch die Ausbeutung der überwältigenden Mehrheit der Menschen erreichten und die wirklichen Schmarotzer sind, sie werden hingegen als „Leistungsträger“ verherrlicht. In Wirklichkeit müssen dauernd alle viel leisten, damit sich ein paar wenige alles leisten können. Was für ein Menschenbild!

Noch werden die Pensionist*innen nicht neuerlich angegriffen, wohl auch, weil die große Masse von ihnen im Schnitt sowieso nur rund 1.000 Euro netto zur Verfügung hat, eine Kürzung zu Protesten und zu breitem Einnahmenverlust für die Wirtschaft führen würde. Die Hacklerpension wurde schon wieder abgeschafft und eine Hinaufsetzung des Pensionsantrittsalters auf 70 Jahre wurde bereits wieder in den Raum gestellt.

Die, die noch Arbeit und Einkommen haben, sollen den Mund halten, wird ihnen ja dauernd damit gedroht, dass sie doch froh sein sollen, noch Arbeit zu haben. Tatsächlich müssen sie befürchten demnächst auch arbeitslos zu werden. Die über 500.000 Arbeitslosen und Notstandsbezieher werden mit Einmalzahlungen abgespeist und hingehalten, statt den Bezug auf Dauer auf internationales Niveau anzuheben. Diejenigen, die in Kurzarbeit sind, sollen zufrieden sein, dass sie „nur“ bis zu 20% Lohn/Gehalt verlieren. Gleichzeitig wird für nach der Pandemie die Senkung des Arbeitslosengeldes, die Auflösung der Notstandshilfe in

die viel schlechtere „Sozialhilfe“ diskutiert. Spätestens da sollten bei den Gewerkschaftsspitzen die Alarmglocken läuten!

Während Industrie, Konzerne, Großbauern, Forst- und Waldbesitzer von der Regierung Milliarden aus unseren Steuergeldern als „Coronahilfe“ zuerkannt bekommen, werden Einpersonenernehmen (EPU) bzw. Soloselbständige, Kleinbetriebe, kleine freie Kulturschaffende, aber auch Studierende zu Bittstellern degradiert oder fallen ganz durchs Netz.

Vom Casino-Kapitalismus zum Zwangs-Kapitalismus

Konzerne, Banken, Versicherungen und die Unternehmerklasse insgesamt, betrachten Regierung und Staatsapparat als ihre politischen Geschäftsführer und Vollstrecker. Das zeigen gerade wieder einmal die jüngsten Korruptionsfälle um vermutete Einflussnahme auf Gesetze (z.B. Novomatic) oder Ausnutzung von BVT und Polizei für Firmenzwecke (z.B. Wirecard). Und viele Unternehmer und ihre Interessenvertreter verabscheuen und verachten ganz unverblümt das von der Bevölkerung gewählte Parlament, Gesetze, Justiz. So kommt es in regelmäßigen Abständen und zuletzt immer häufiger offen zu Reibereien und zum Schlagabtausch zwischen Politikpersonal, Wirtschaftsbossen und Wirtschaftskammerhäuptlingen (z.B. Tiroler Wirtschaft, Tiroler Landeshauptmann, Bundesregierung). Manche fordern schon direkt, dass in der Regierung „Wirtschaftsführer“ an der Macht sein sollen (siehe Kurier, 30.1.2021).

Die Anforderung der Konzerne an die Politik ist, die Menschen im Interesse der Profite der Wirtschaft gefügig zu machen, ruhig zu halten, zu disziplinieren und zu kontrollieren. Dieser Wunsch der Wirtschaft wird mit steigender Arbeitslosigkeit und den drohenden Insolvenzen zunehmen. Jetzt hofft die Regierung, das alles noch mit Hilfe von ÖGB, AK, SPÖ bewältigen zu können. Die Wirtschaftsseite und ihre Regierung machen „Zugeständnisse“ der Art, dass sie der Arbeitnehmerseite ein bisschen geben, den Unternehmen aber ein Vielfaches davon – siehe oben.

Das zeigt sich bei der ungerechten Verteilung der Corona-Hilfs-Milliarden. Laut einer Analyse des Momentum-Instituts entfallen nach dem Rahmenplan des Finanzministeriums bis 2024 auf die Arbeitnehmer*innen nur ein Drittel (21 Mrd. Euro) der Hilfgelder, zwei Drittel (42 Mrd. Euro) hingegen auf die Unternehmen. Bei den Kosten aber ist es umgekehrt: Drei Viertel sollen die Arbeitnehmer- und Konsument*innen bezahlen, nur ein Viertel der Unternehmenssektor (Kurier, 16.1.2021).

Das zeigt sich auch bei der Neuregelung des Insolvenzrechts, das Firmen leichter aus der Insolvenz hilft als Menschen aus dem Privatkonkurs. Das zeigt sich auch beim ÖGB-Vorschlag eines „Comeback-Beteiligungsfonds“. Hier sollen Sozialversicherungs- und Steuerschulden nicht nur von Kleinbetrieben, sondern auch bis zu „systemrelevanten Betrieben“, in öffentliche stille Beteiligungen umgewandelt werden (ÖGB, ORF-Ö1, Kronen-Zeitung, 20.2.2021), Das heißt ohne Einflussnahme oder Steuerungseffekt der öffentlichen Hand als Geber des Geldes, das ja von den

Steuern und Abgaben der Masse der arbeitenden Menschen stammt. Noch schlimmer: wenn dann die Steuer- und Versicherungseinnahmen fehlen, wer zahlt das dann oder leidet unter Leistungskürzungen im Gesundheitssystem? **Das hat wenig mit Sozialstaat zu tun, das ist eine Staatshilfen für Unternehmer, also Umverteilung nach oben.**

Die Wirtschaft handelt nach dem Motto: wenn man dir nimmt, dann schrei, wenn man dir gibt, dann nimm. Lassen sich die Gewerkschaften dazu einspannen – sei es aus „Staatsräson“, sei es aus „sozialpartnerschaftlich“ falschem Hoffen auf die „Vernunft“ der Unternehmer – dann sitzen sie zwischen zwei Sesseln – und die Mitglieder, die Basis, alle arbeitenden Menschen, zahlen drauf. Denn die Unternehmenseite – siehe oben – nimmt nur und gibt nichts freiwillig.

Und das, was der Unternehmenseite „sozialpartnerschaftlich“ rausverhandelt wurde, ohne breiter Mobilisierung und Kampf von unten, ist letztlich zu wenig für die Betroffenen, sowohl für die Arbeitenden (siehe die 1 Million Teilzeitarbeitenden, den Niedriglohnbereich in Pflege und Sozialdiensten oder z.B. die lächerliche 1,45 % Lohnerhöhung oder die schwache Homeoffice-Regelung, usw.), die Arbeitslosen (mit 45% weniger Lohn/Gehalt) und Kurzarbeitenden (mit 10 – 20% weniger Lohn/Gehalt) sowieso. Das alles erzeugt in der Bevölkerung begreiflich viel Unmut und Wut.

Schluss mit Druck, Dauerbelastung, Lohnverlust

Vor diesem explosiven Hintergrund hoffen Regierung und Wirtschaft übereinstimmend, dass die Apparate von ÖGB, Gewerkschaften, AK und SPÖ, möglichst eine Rolle zur Beruhigung der Bevölkerung einnehmen und nicht zur Mobilisierung von Protesten gegen den Sozial- und Demokratieabbau.

Noch immer gehen ÖGB-, AK- und SPÖ-Spitzen davon aus, dass doch die Kapitalisten einsehen müssten, dass ihr Kapitalismus den Wohlstand für alle an die Wand fahre, wie das das ÖGB-AK-Magazin „Arbeit & Wirtschaft 1/21 für alle Betriebsrät*innen in Österreich formuliert: *„Die Corona-Krise setzte (sic! schon vorbei?, Anm. d. Red.) dem Kapitalismus ein Stoppschild vor die Nase. Sie legt Schwachstellen eines Systems offen, das die Menschen und den Planeten an die Grenzen der Belastbarkeit bringt. Ein Neustart ist die Chance, das zu ändern.“* Sie appellieren an die Kapitalisten: *„Der Sozialstaat ist nicht zu teuer, im Gegenteil. Er schützt die Wirtschaft vor einem Desaster.“*

Ja, der Befund ist richtig, die Kapitalisten fahren den Wohlstand an die Wand. Doch das interessiert die Kapitalisten, die nur Einzelinteressen verfolgen nicht. Sie nutzen den Sozialstaat nur in der Krise für sich selbst aus, solange sie etwas davon haben, dann verabschieden sie sich wieder davon – außer sie werden dazu gezwungen, dies nicht zu tun.

Nur der Widerstand der arbeitenden Menschen von unten hilft wirklich

Die Pandemie alleine zwingt die Kapitalisten nicht zum Einlenken. Im Gegenteil, sie nutzen die Pandemie für sich aus (siehe oben). Das kann man überall sehen, Die

Industriebosse, die Lobbys bestimmen die „Coronapolitik“ der Regierung. Das „Stoppschild vor die Nase des Kapitalismus“ ist nicht die Pandemie, das kann nur breiter Widerstand gegen die Krisenabwälzung sein!

Was die Spitzen von ÖGB, Einzelgewerkschaften, AK und SPÖ-Opposition kaum ins Kalkül ziehen ist, dass die Regierung und die Wirtschaft sehr wohl Angst haben vor wirklich sozialem Protest und Aufstand. Auf gar keinen Fall wollen Regierung und Wirtschaft, dass Protest und Widerstand selbständig und gemeinsam in Betrieben und auf der Straße von jemanden mobilisiert und organisiert wird, vor allem nicht von Gewerkschaften, AK, ÖGB, Betriebsrät*innen, die noch das organisatorische Potenzial dafür hätten: Vor so einem organisierten echten Widerstand im Betrieb und auf der Straße von unten fürchten sich die Herrschenden wirklich, nicht vor „Verhandlungsbegleitwirbel-Protest“, der dann wieder heimgeschickt wird.

Nicht die ÖGB-, AK-, oder SPÖ-Spitzen sind die beste Lobby gegen Regierung und Industrie, sondern wenn ÖGB, AK, und SPÖ ihre Mitglieder als „Lobby“ mobilisieren!

Nur Widerstand gegen die Eliten, gegen die Willkür der Konzerne und Bosse, gegen Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, Neo(s)liberale, Regierung, gegen die parlamentarischen und außerparlamentarischen Rechten wird zielführend die Interessen der arbeitenden Menschen verteidigen können. Es wird nicht durch „Sozialpartnerschaft“ mit der Wirtschaft und „Krisenzusammenarbeit“ mit der immer autoritärer werdenden Regierung möglich sein! Denn Regierung und Staatsapparat werden, wenn man ihnen nicht ins Ruder greift, die Pandemie weiter dazu nutzen, noch autoritärer zu werden. Warum? Um die von der Wirtschaftskrise betroffenen breiten Schichten der Bevölkerung, um deren Unmut unter Kontrolle zu halten. Der Zweck ist die Absicherung der Profite einzelner Lobbys und der Wirtschaft insgesamt.

DAHER: Jetzt müssen ÖGB, Gewerkschaften, Betriebsräte, SPÖ, AK gegen diese schon bereits stattfindende undemokratische und unsozialen Abwälzung der Krisenlasten mit all den der ökonomisch, sozialen, gesundheitlichen, psychischen Folgeschäden, gegen die Kürzungen der Vergangenheit und die himmelschreienden Missstände im Gesundheits- und Bildungssystem (Schulen, Kindergärten) aktiv organisieren, mobilisieren und protestieren!

Viele haben schon lange berechtigten Unmut gegen die ständig zunehmende, soziale und gesellschaftlich Deklassierung. Die Ankündigung vom ÖGB und AK, sich „nach der Krise“ zurückholen zu wollen, was den arbeitenden Menschen jetzt inzwischen genommen wurde und wird, ist schlimm. Das läuft de facto auf Beschwichtigung und Nachgeben mit existenziellen Folgen für die breite Masse der arbeitenden Menschen hinaus. Da werden dann die Rechten im Trüben fischen.

Wird nicht heute schon gegen den sozialen Kahlschlag, der mit Corona kaschiert wird, breit die Bevölkerung

aufgeklärt und zu Protest und Widerstand organisiert, wird morgen von den Herrschenden auch die Demokratie in Frage gestellt und beseitigt, um die Ausbeutung noch weiter treiben zu können.

**Die Taktik der Herrschenden:
Sozialstaat für Unternehmerprofite
ausnutzen, Unterdrückung der arbeitenden
Menschen vorbereiten**

Die Taktik der Herrschenden scheint in der Krise zu sein, solange es geht mit dem Sozialstaat gegen den Sozialstaat, d. h. mit den Sozialpartnern ÖGB und AK möglichst viel für die Unternehmenseite herausholen und den arbeitenden Menschen nur so viel zuzugestehen, dass es nicht zum Aufbegehren kommt. Weil der Unmut wächst und nicht von den sich als links verstehenden ÖGB-, AK- oder SPÖ-Spitzen aktiv und mobilisierend aufgegriffen wird, tauchen in letzter Zeit vermehrt und ganz offen die Rechten auf und versuchen, diesen Unmut auf ihre Mühlen zu lenken. Sie werden von Politikern, etablierten politischen Parteien, Polizei, Militär und Wirtschaftskreisen zum Teil selbst befördert, kräftig finanziert aufgebaut und etliche von ihnen halten schon ganz offen zu ihnen. Kontakt, zeigen sich mit ihnen oder verteidigen sie öffentlich.

Wenn es die „Sozialpartnerschaft“ einmal dem Kapital nicht mehr recht machen kann, dann sollen es die Rechten tun und die Massen kanalisieren bzw. echten Widerstand niederhalten. Mittlerweile werden fast wöchentlich größere Waffenfunde bei Rechten bekannt. Polizei und Militär wiederum werden gerade mit neuem Material oder mit Radpanzern aufgerüstet. Wozu wohl? Angeblich gegen Terrorismus! Wohl kaum, den letzten Terroranschlag hätte man mit den bisherigen Gesetzen und der Ausrüstung der Polizei verhindern können.

Die türkis-grüne Regierung lässt die Rechten als Organisatoren bei „Corona-Demonstrationen“ gewähren. In Wahrheit nutzt sie die tatsächliche oder vermeintliche Nichteinhaltung der Corona-Schutzmaßnahmen dazu, das Demo- und Versammlungsrecht dort wo es ihr passt einzuschränken oder aufzuheben. Unter dem Vorwand, die Rechten zu bekämpfen – was sie aber nicht tut – wird gleichzeitig der Unterdrückungsapparat und Überwachungsstaat gegen die Bevölkerung ausgebaut. **So sieht der jüngste Entwurf zur Novelle des Epidemiegesetzes sogar generelle Ausgangsverbote vor, unabhängig von einer Gesundheitsgefährdung!** Warum? Weil die Krise noch lange nicht – wenn überhaupt – vorbei ist. Das Versprechen nach der „alten Normalität“ wird nicht eingelöst werden. Darum schon jetzt die Gewöhnung an die „neue Normalität“ mit Einschränkungen, Disziplinierung mit der Angst um den Arbeitsplatz, Arbeitsplatzverlust, Lohn- und Gehaltseinbußen, mit immer mehr Präsenz und Einsatz von Polizei und Militär.

Ihre „Freiheit“ – unsere Freiheit

Regierung, Polizei und Militär, Bundeskanzler, Innenminister und Verteidigungsministerin präsentieren sich besonders seit der Pandemie und seit dem verhinderbaren Terroranschlag in Wien als diejenigen,

**Sehnsucht in
Coronazeiten:**

**Rückkehr zur alten
Normalität!
Stopp!
Dann wäre doch vor uns
die Vergangenheit
mit**

**Kaufrausch
Kreuzfahrten
Flugreisen
Raubtierkapitalismus
Reichtum für die Reichen
Armut für die Armen
12 Stundentag
Machtmissbrauch
Entsolidarisierung
Ausbeutung
Stress
Ausgelaugtsein
Niederkonkurrieren**

Nein!

**Vor uns die Zukunft
aufgrund der
Erschaffung einer
neuen Normalität
mit**

**Einfachheit
Regionalität
Nähe
Achtsamkeit
Gastlichkeit
Loyalität
Sympathie
Kontaktfreude
Lebensfreude
Toleranz
Neugier
Vorurteilsfreiheit
Vertrauen**

**und die
Solidarität
machen wir mit links**

die für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen und Freiheit, Frieden und Demokratie schützen.

Doch die türkis-autoritäre Regierung mit grüner Behüschung hat Konkurrenz. Auch die rechte Opposition im Parlament und die außerparlamentarischen Rechten auf der Straße präsentieren sich als „Retter“, als „Verteidiger von Freiheit und Demokratie“. Soziale Sicherheit bieten sie diesen Menschen auch nicht an, nur Wut auf die Regierung. Den tatsächlichen Verursacher der Misere, die kapitalistische Wirtschaft, die die Sicherung der Profite der großen Unternehmer und Konzerne als oberstes Ziel hat und zur rasant steigenden Kluft zwischen Armen und Reichen führt, die greifen die Rechten auf der Straße und im Parlament natürlich nicht an. Sie wollen nur selbst die Geschäftsführer der Kapitalisten in Regierung, Verwaltung und Justiz werden. Darum geht es ihnen, nicht um das Wohl der Menschen.

Wenn dem nichts entgegengesetzt wird, kommt es schleichend und letztlich offen zu einer totalen Entsolidarisierung und Entmenschlichung der Gesellschaft, die ja schon jetzt im Zuge der Corona-Debatte vom Bundeskanzler, Innenminister usw. abwärts betrieben wird. So manche Wirtschafts- und Industrievertreter und rechte Politiker und politische Parteien in Parlament, Landtagen oder gar Landesregierungen bis hin zu offen rechtsextremen Gruppierungen und Parteien treten offen menschenverachtend, ja faschistoid auf. Sie sprechen bestimmten Menschengruppen letztlich die Lebensberechtigung ab, indem sie etwa sagen: Menschen in Altenheimen sind ja eh schon alt, ihr Sterben eh wahrscheinlich, also solle man wegen des Coronavirus die Wirtschaft doch nicht einschränken. Oder sie hetzen gegen Andersgläubige, Andersdenkende, Andersfärbige, ausländische Arbeitskräfte, die „unseren Arbeitslosen“ die Arbeit wegnehmen würden. Doch gleichzeitig importiert Wirtschaft und Industrie zu Zehntausenden Pflege- und Arbeitskräfte aus dem Ausland als Billiglohnkräfte zur Sicherung der Profite.

Auf den von den Behörden trotz teilweisen Untersagungen wohlwollend beobachteten und begleiteten „Corona“-Demonstrationen traten Rechten dann mit Transparenten mit wohlfeilen Begriffen wie „Freiheit, Frieden, Demokratie“ auf. Doch sie meinen nicht die Freiheit der Menschen, nicht die Freiheit des einzelnen Individuums. Sie missbrauchen den Wunsch und den Drang der Menschen nach Freiheit und die berechtigte Ablehnung von nicht nachvollziehbaren Regierungsmaßnahmen, Kontrolle und Unterdrückung.

In Wirklichkeit sind ihnen die Interessen der arbeitenden Menschen völlig egal, sie vertreten die Interessen der Profitmacher auf Kosten der Menschen. Dafür häufen sie auch illegal Waffenlager usw. an. Sie spielen sich als Opposition gegen die Regierung auf, wollen aber nur sich selbst oder ihresgleichen (siehe das Demo-Transparent „Kurz weg Kickeln“) an die Schalthebeln der Politmacht der Republik (zurück) befördern. An der Ausbeutung der Masse der Menschen durch Wirtschaft und Industrie, die Hunderttausende in Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und

Armut drängt, an dieser Freiheit der Konzerne haben die Rechten und Rechtsextremen nichts auszusetzen.

Setzt sich diese Gesinnung durch, ist nicht mehr das Leben, schon gar nicht das gute Leben für alle die oberste Perspektive. Dann greift eine Ellenbogengesellschaft des „nur der Stärkere kommt durch“, des Faustrechts und der (staatlichen und der unternehmerischen) Willkür zur Aufrechterhaltung von Macht und Profit um sich. Das ist dann schon die Vorstufe zu einem neuen Faschismus.

Innenminister Nehammer hat zu den Kritikern der Regierungspolitik gesagt, dass sie Corona zu ihrem Geschäftsmodell gemacht hätten (Kronen-Zeitung, 16. 1. 2021). Tatsächlich wird Corona von den Rechten in- und außerhalb des Parlaments UND von der Regierung selbst auch als Geschäftsmodell genutzt.

Die Regierung will vorrangig die Profitmacherei der Wirtschaft vor Unruhe schützen, die organisierten Rechten auf der Straße wollen Unruhe schüren, um die Regierung in Bedrängnis zu bringen.

Dennoch schützt die Regierung die Rechten, siehe z.B. die Einstellung aller gerichtlichen Verfahren gegen die rechts-extremen Identitären, die offen gegen Andersdenkende, Andersgläubige, Ausländer usw. hetzen, Uni-Hörsäle gewalt-tätig besetzen, auf öffentlichen Gebäuden Hetztransparente hissen oder Spenden des Christchurch-Attentäters erhielten. So unabhängig ist die Justiz!

Wer all das nicht will, muss Wege und Mittel suchen, Verbündete zu finden und gemeinsam dagegenzuhalten.

Gleichermaßen gilt,

- gegen die im Namen von „Schutz vor Corona“ zur Profitabsicherung vordringenden Einpeitscher in Regierung und Wirtschaft oder die sozialpartnerschaftlichen Beschwichtiger der Folgen der Wirtschaftskrise auf dem Rücken der Bevölkerung aufzutreten
- und ebenso gilt es, gegen die durch Politik und Massenmedien erst so richtig aufgewerteten Rechten und Rechtsextremen aufzutreten, die unbehelligt und trotz Missachtung aller Pandemie-Gesundheitsvorkehrungen im Schutz und mit Geleit der Behörden mit Corona ihre Suppe kochen.

Deshalb ist es so wichtig, JETZT ein Bündnis zu schließen:

- **von unten mit allen Interessierten und Willigen auf möglichst vielen Ebenen und in allen Bereichen**
- **parteiunabhängig unter Ausschluss der menschenverachtenden und arbeiterfeindlichen politischen Rechten**
- **ein Bündnis für menschenwürdiges Leben und Arbeiten ohne Ausbeutung, für Gesundheit, Bildung, Demokratie, Klima- und Umweltschutz!**

(Artikel teilweise gekürzt aus: *Solidarität – unsere Chance*, Nr. 151, www.prosv.at)

Joe Biden – Hoffnung oder Drohung?

Die Mehrheit der US-Wähler*innen hat sich bei der US-Präsidentenwahl gegen Trump bzw. seine Politik ausgesprochen und Joe Biden gewählt. Sie haben Trumps rechter, rassistischer, autoritärer, menschenverachtenden Politik eine klare Absage erteilt. Sie lehnten seine faschistoide Politik des Aufhetzens eines Teils der Menschen gegen alle, die seinen Kurs nicht gutheißen, unter anderem gegen die, die z.B. nicht weiße Hautfarbe haben, die Minderheiten angehören, ab. Sie lehnen die exzessive Gewalt vor allem der Polizei gegenüber Teilen der Bevölkerung ab. Der Widerstand gegen Trumps Politik nahm immer mehr zu. Insgesamt gingen dann 12% mehr USA-Bürger*innen zur Wahl um Trump abzuwählen.

Die Mehrheit der US-Wähler*innen hofft nun auf den Kandidaten der demokratischen Partei, Joe Biden. Der neue US-Präsident hat nun sein Kabinett bestimmt. Eines lässt sich jetzt schon sagen, die Wahl seiner Mitarbeiter*innen zeigt, die neue US-Regierung ist jedenfalls was die bisherige Haltung ihres Personals bezüglich Rüstung und Krieg betrifft um nichts friedliebender als es die Trump-Regierung war. US-Präsident Joe Biden hat in sein Regierungsteam in wichtigen Positionen ausgesprochene Kriegstreiber aufgenommen. Weiters gibt es jede Menge Kontakte seiner Mitarbeiter*innen zu den größten US-Waffenkonzernen.

Hier nun das neue Regierungskabinett von US-Präsident Joe Biden:

Anthony Blinken, Außenminister

Er war u.a. Mitarbeiter am CSIS (Center for Strategic and International Studies), das CSIS leistet u.a. Lobby-Arbeit für die Waffenindustrie (NewYork Times). Blinken begrüßte, dass Georg Bush den Krieg gegen den Irak begann, war starker Befürworter des US-Krieges in Libyen. Als Vizeaußenminister von Obama versuchte er, diesen zum totalen Krieg in Syrien zu drängen.

Lloyd Austin III, Verteidigungsminister

Er war Vier Sterne-General in der US-Armee. 2016 beendete er seine Karriere in der Armee und heuerte danach gleich beim Rüstungskonzern United Technologies Corporation (siebent-größter US-Waffenkonzern) an. 2020 wurde er dann Aufsichtsratsmitglied von Raytheon Technologies (viert-größter US-Waffenkonzern). Weiters ist er seit 2017 Aufsichtsratsmitglied von Nucor (größter US-Stahlkonzern) und ebenso im Aufsichtsrat von Tenet Healthcar (einem multinationalen Investoren gehörender Gesundheitskonzern, der drittgrößte was die Anzahl der Krankenhäuser betrifft). Der Ex-General, nun Verteidigungsminister, muss deswegen seinen Aufsichtsratsposten beim Raytheon-

Konzern aufgeben. Ebenso muss er nun seine Aktien beim Waffenkonzern verkaufen. Das wird ihm zwischen 800.000 bis 1,75 Millionen Dollar einbringen. Er hat noch diverse andere Beteiligungen.

Jake Sullivan, Nationaler Sicherheitsberater

Er war der Topberater von Hillary Clinton, Außenministerin unter Obamas 1. Regierungszeit, die schon damals Syrien bombardieren wollte. Sullivan ist auch Mitglied einer 2017 gegründeten stark besetzten Anti-Russland Allianz (The Alliance for Securing Democracy), die unter dem Vorwand, Russland würde in den USA und in Europa die Demokratie unterminieren, eine weitere Aufrüstung bzw. militärisches Auftreten der USA gegenüber Russland fordert.

Zu dieser Allianz gehören u.a. Bill Christol, einer der wichtigsten Vertreter der Neokonservativen in den USA, der schon 1997 zusammen mit Robert Kagan, (Ehemann von **Victoria Nuland** – siehe später) – und Paul Wolfowitz, die US-Pläne für einen geplanten Krieg gegen den Iran und die ausgeführten Kriege gegen Irak, Libyen, Syrien ausarbeiteten, die die Leitlinie für Georg Bush und seine Nachfolger in ihren Kriegen wurde. Das Projekt hieß „Project for the New American Century“ (PNAC).

Avril Haines, Direktorin aller 18 US-Geheimdienstbehörden

Sie war schon stellvertretende Direktorin des CIA unter Obama und unterstützte entschieden Obamas Ausweitung des Drohnen-Kriegs (z.B. in Pakistan, Afghanistan, Jemen, Somalia).

Sie ist im Vorstand der Denkfabrik CNAS (Center for New American Security). Führende US-Waffenkonzerne sind dort ebenfalls Mitglied, z.B. Northrop Grumman Corporation, Raytheon, Lockheed Martin und u.a. das U.S.State Department, Öl-Konzerne.

Das US-Verteidigungsministerium unterhält im Übrigen eine Agentur mit 23 Angestellten zur Beratung des Präsidenten bei der Auswahl der geeignetsten Mitarbeiter für die wichtigsten Funktionen im Pentagon. Mindestens 8 von diesen sind als Mitarbeiter in einem der drei wichtigsten Think Tanks beschäftigt, die seit Jahren die größten finanziellen Zuwendungen direkt von der US-Waffenindustrie bzw. von der Ölindustrie erhalten haben. Diese drei Think Tanks sind das erwähnte CSIS (Center for Strategic and International Studies) bzw. das CNAS (Center for a New American Security) und die RAND Cooperation.

Kamala Harris, US-Vizepräsidentin

Sie hatte das CNAS als Ratgeber in ihrer Wahlkampagne. Schon seit Jahrzehnten wechselt eine große Zahl von hohen Offizieren im US-Militär nach der Karriere im Militär in hohe Positionen in die US-

Rüstungsindustrie bzw. in den sog. militärisch-industriellen Komplex. Sie arbeiten dort für die größten US-Rüstungskonzerne wie Lockheed Martin, Boeing, General Dynamics, Raytheon, Northrop usw. Allein diese 5 Konzerne erhielten z.B. 2019 vom US-Verteidigungsministerium Aufträge in der Höhe von ca. 130 Milliarden Dollar.

Das US-Verteidigungsbudget (Kriegsbudget) beträgt dieses Jahr 740 Milliarden Dollar – es wurde noch im Dezember 2020 mit einer Mehrheit der Stimmen von Republikanern **und** Demokraten beschlossen.

Victoria Nuland, US-Staatssekretärin im Außenministerium für politische Angelegenheiten

Nuland ist nun das dritthöchste Regierungsmitglied im Außenministerium, nach dem Außenminister und dem Vizeaußenminister.

Sie war in der Präsidentschaftszeit von Barack Obama unter Außenminister John Kerry die zuständige Unterstaatssekretärin für Europa (Sept. 2013 bis Jän. 2017). In dieser Zeit spielte Nuland u.a. eine wichtige Rolle bei den Plänen der US-Regierung in der Ukraine mit Hilfe von Faschisten einen Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten herbeizuführen und eine antirussische Regierung zu installieren. Nuland sagte auch öffentlich, dass die USA 5 Milliarden Dollar allein bis 2013 investiert haben, um einen „Regierungs-wechsel“ in der Ukraine herbeizuführen. Der CIA trainierte u.a. in Polen faschistische Kräfte für den „Aufstand“. Spontane Volksbewegungen gegen die Missstände der Regierung wurden dann am 22. 02. 2013 von diesen Neonazis vereinnahmt, Scharf-schützen eröffneten das Feuer auf die Polizei des Regimes. Es kam zum Putsch. Eine Regierung der Oligarchen übernahm die Macht. Die Milliardenäre führten dann einen Krieg gegen die eigene russische Bevölkerung, 10.000 Tote und ca. 2 Millionen Vertriebene im eigenen Land waren die Folge. Die USA und die EU haben in der Ukraine einen dauerhaften Kriegszustand geschaffen, der Russland wirtschaftlich und militärisch schwächt, das war ja auch ein Zweck des Putschs. Die Ukraine hat über 1.900 km Landgrenze mit Russland.

Ziel des Umsturzes war und ist für die Herrschenden in den USA und auch in der EU ein riesiges Aufmarschgebiet gegen Russland zu gewinnen. Letztlich war und ist es das Ziel der US-Imperialisten und ihrer europäischen Konkurrenten, dass sie die europäischen Völker in einen Krieg gegen Russland führen, um es niederzuringen und auszubeuten. Russland wäre mit den größten Bodenschätzen auf der Welt und seiner überragenden geostrategischen Lage die fetteste Beute für die Weltherrschaftspläne der USA und ebenso attraktiv für die großen EU-Staaten.

✱

Wer bedroht wen?

Rüstungsbudgets 2019 / 2020 ca. gleich:

NATO	ca. 1039 Milliarden Dollar
davon	
USA	ca. 732 Milliarden Dollar
EU	ca. 223 Milliarden Dollar
China	ca. 261 Milliarden Dollar
Russland	ca. 66 Milliarden Dollar

Die USA haben also ein mehr als 11-mal größeres Rüstungsbudget als Russland, die NATO ein 15-mal größeres Rüstungsbudget als Russland. Bei den USA kommen ja noch hunderte weitere Milliarden Dollar dazu. So haben die USA laut einer Analyse des „Watson Instituts of International and Public Affairs“ der Brown Universität von 2001 bis 2020 für ihre Kriege im Nahen Osten und Asien ca. 6.400 Milliarden ausgegeben, also ca. 300 Milliarden Dollar pro Jahr.

Einkreisung Russlands

Seit Mitte der 1990er Jahre forcierten die US-Regierungen die NATO-Osterweiterung. 1999 kamen die Tschechische Republik, Ungarn und Polen, 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien in die NATO. 2008 hat die USA dann die Aufnahme Georgiens und der Ukraine betrieben. Da Deutschland und Frankreich dies wegen Russland nicht wollten, wurde zwar keine formelle Aufnahme beschlossen, aber erklärt, die beiden Länder werden der NATO beitreten. 2009 erfolgte die Aufnahme von Albanien und Kroatien in die NATO. Die Einkreisungspolitik Russlands durch die USA vollzieht sich ja nicht nur in Europa, sondern ebenso in Asien!

Man nehme einen Atlas zu Hand und markiere die folgenden Länder: Japan, Südkorea, Pakistan, Afghanistan, Usbekistan, Kasachstan, Turkmenistan, Türkei, Kirgistan, Armenien, Ukraine, Georgien, Aserbaidschan, Moldawien, Polen, Rumänien, Ungarn, Slowakei, Lettland, Litauen, Estland, Bulgarien. In all diesen Ländern befinden sich derzeit amerikanische Militärbasen, Radarstationen, Raketenstellungen oder ähnliche militärische Einrichtungen. Fast alle diese Länder haben eine gemeinsame Grenze mit Russland. Wäre auch der Iran auf dieser Liste, dann wäre die Einkreisung komplett.

Russland ist seit 20 Jahren in der Defensive, es hat wirtschaftlich und militärisch nie die Stärke dem Westen gegenüber zu bestehen. Hätte Russlands Regime keine Atomwaffen, hätten es die USA wohl längst zu Fall gebracht. Die Lüge von der Bedrohung durch Russland dient einzig dem Vorwand, weitere Aufrüstung und Kriegsvorbereitung dem eigenen Volk gegenüber zu legitimieren.

Es braucht ein stetiges Bedrohungsszenarium, um vor der Bevölkerung die hunderten Milliarden an Steuergeldern, Militäreinsätze usw. zu rechtfertigen. Ziel der Herrschenden der USA war und ist es, Russland wirtschaftlich und militärisch niederzuringen.

„Legale“ Steuerhinterziehung der Großkonzerne an Hand von Starbucks

Starbucks bezahlte 2019 in Österreich bei einem Umsatz von 14,6 Mio. Euro nur 2.848 Euro an Steuern.

Wieso? Weil Starbucks nur einen Jahresgewinn von 70.000 Euro ausgewiesen hat. Wie geht das? Starbucks hat von seinem Umsatz allein Abschreibungen von ca. 1 Million Euro auf immaterielle Güter und Abschreibungen von ca. 7 Millionen Euro auf sonstige betriebliche Aufwendungen getätigt. Und das geht so:

Die österreichische Starbucksfirma zahlt Lizenzgebühren für den Kaffeeverkauf an ein niederländisches Unternehmen ihres Konzerns. In den Niederlanden werden Gewinne aus Lizenzgebühren sehr niedrig besteuert. Mit diesem einfachen „Trick“ sind die Gewinne aus Österreich formal keine Gewinne aus dem Verkauf von Kaffee – sondern niederländische Gewinne aus dem Handel mit Lizenzen. Starbucks zahlt letztlich für seinen Millionengewinn fast keine Steuern – Österreich schaut durch die Finger. Und darüber hinaus erhielt der Konzern noch im November – aus unseren Steuern – 800.000 Euro, den Maximalbetrag des staatlichen Umsatzersatzes für Konzerne. Welche Frechheit! Wirtschaftshilfen aus unseren Steuern für Konzerne, die bei uns fast keine Steuern bezahlen. Starbucks hat dann noch Anspruch auf Fixkosten-Zuschuss und spart Personalkosten durch die Kurzarbeit. Welche Steuertricks die Starbuckstochter Österreich 2019 noch tätigte, um sich die Umsatzsteuer für weiteren 7 Millionen Euro, die auf die 14 Millionen Euro fehlen, einzusparen, wissen wir nicht. Jedoch sind von Starbucks seit Jahren u.a. folgende „Steuervermeidungen“ bekannt: Die Starbuckstochter zahlen z.B. hohe Preise für Kaffeebohnen an eine Starbucks-Niederlassung in der Schweiz, eine Röstlizenzgebühr an eine Tochter in Großbritannien. So werden Gewinne in Niedrigsteuerränder verschoben. Und: Die Tochtergesellschaften erhalten Kapital von der Muttergesellschaft in den Niederlanden und müssen dafür Zinsen zahlen, die steuerlich abzugsfähig sind! Das ganze (Steuer-)System dient den großen Konzernen, den Reichen, die auf unsere Kosten immer noch reicher werden. Und da sagte Kanzler Kurz vor einiger Zeit sinngemäß, niemand soll etwas gegen die Reichen sagen ...

Klimapolitik – der große Wurf?

Sowohl die Umweltministerin als auch die Sprecherin des Klimavolksbegehrens loben sich jeweils selbst: Das „Klimaschutzpaket“ der Regierung sei ein epochaler Meilenstein. So viel „Einigkeit“ macht stutzig.

Schön wäre es ja, wenn wirklich etwas im Interesse der Masse der Bevölkerung in Sachen Klimaschutz passieren, wirklich etwas nachhaltig für die Reduktion der Treibhausgase und den echten Umbau der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit in Gang gesetzt werden würde. Doch so schaut es nicht aus.

Weltweit gibt es Protest wegen der drohenden Katastrophe durch den Klimawandel. Vor allem die Jugend rebelliert, weil sie um ihre Zukunft bangt. Auch in Österreich waren Zehntausende auf der Straße. Um diesen Protest zu kanalisieren, wird jetzt von der Regierung vor allem einmal Kosmetik geboten: Klimabürgerräte, wissenschaftlicher Klimabeirat, Klimakabinet von Land und Bund.

Hauptproblem ist, dass nichts an der Art und Weise der Produktion von Waren, Gütern und Dienstleistungen geändert werden soll. Was ist mit langlebigen Produkten, was ist mit weniger PKW- und vor allem LKW-Verkehr, weniger Autobahnen und Einkaufszentren auf der grünen Wiese, also mit weniger Verbauung und Zubetonierung der Natur und Zerstörung der Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen? Es wird auf Ökostrom umgestellt, gut! Aber wofür? Für weiter ressourcenfressende E-Autos und E-LKWs mit der Umweltbombe Batterien, für weitere Autobahnen statt mehr Schiene, mehr Öffis oder mehr Verlagerung des LKW-Transports auf die ökologische und volkswirtschaftlich viel billigere Schienen-E-Mobilität. Die angestrebte umfassende Digitalisierung wird bei Beibehaltung der auf Verschleiß und Wegwerfprodukte ausgerichteten Wirtschaft nicht weniger, sondern mehr Energie und Ressourcen fressen. Was ist mit Arbeitszeitverkürzung, mit für

die Menschen Zeit und Geld sparender, Natur und Umwelt schonender, lokaler, regionaler Produktion und Dienstleistung statt zeitfressender, naturzerstörerischer, abhängig machender globaler Produktions- und Lieferketten, die nur die Profite weniger Multis und Konzerne garantieren?

Manche Herrschenden träumen gar schon davon, diese „schöne, neue Welt“ – ähnlich der derzeitigen „Coronapolitik“ – autoritär durch Verbote und Beschränkungen für die Masse der Bevölkerung im Namen von Klimaschutz umsetzen zu können.

*

Frankreichs „Klimaschutz“

Bekanntlich propagiert die Atomwaffenmacht Frankreich seine Atomstrom-Industrie als Beitrag zum „Klimaschutz“. Deshalb wurde jetzt die Laufzeit der ältesten AKWs (32 der 56 Anlagen) von 40 auf 50 Jahre verlängert! Ein wahrlich „strahlender“ Klimaschutz!

*

AKW Krško abschalten!

Das slowenisch-kroatische AKW Krško, das nur 70 km von Österreichs Grenze entfernt ist, läuft bereits seit 40 Jahren und sollte 2023 stillgelegt werden. Vor einiger Zeit wurde die Laufzeit um 20 Jahre bis 2043 verlängert. Und das, obwohl das AKW Krško eines der von Erdbeben am gefährdetsten AKWs in Europa ist. Das schwere Erdbeben der Stärke 6,4 in Kroatien Ende Dezember 2020, dessen Epizentrum nur 85 km von Krško entfernt war, zeigte das erneut. Worauf noch warten? Auf den Super-GAU mitten in Europa? NEIN! Daher: Abschalten, sofort!

*

Ähnlich verhält es sich mit den anderen AKWs rund um Österreich: sie sind gefährlich, weil veraltet und/oder nur notdürftig „nachgerüstet“. Strom ist genug da. Neue AKWs bringen staatlich subventionierte Profite für die Betreiber und dienen der Atomrüstung durch die Hintertüre!

RÜCKBLICK

9. 12. 2020 – GGAE-Referat bei „Studierende gegen Rüstungsforschung / Stugeru“. Bedeutung der Neutralität und die Rolle von Gewerkschaften. Zum Nachschauen der Video-Link zur „10. Einheit“: <https://ucloud.univie.ac.at/index.php/s/QxO3Kwx7AV7iCOM?path=%2F>

22. 1. 2021 – Teilnahme an Kundgebungen zum Inkrafttreten des Atomwaffenverbots-Vertrages (siehe Foto rechts).

2. 2. 2021 – Online-Referat bei "FriedensAttac" zu: Neutralität Österreichs, seine Chancen und Bedrohungen. atomgegner.at/wp-content/uploads/2019/12/ggae_5-19_NEU_Endf-1.pdf
atomgegner.at/wp-content/uploads/2020/02/PESCO-EU-Arm-der-NATO.pdf

6. 3. 2021 – Rosa-Luxemburg-Konferenz – online: Gemeinsam mit „ABFANG“: Friedenswege aus der Krise. Unser Beitrag: Ein neutrales Österreich braucht UN- und EU-Friedenspolitik statt militärischer Kooperationen. www.abfang.org/aktive-neutralitaet/neutralitaet-in-gefahr/

19. 3. 2021 – Teilnahme am „Weltweiter Klimastreik“. Unser Flugblatt: www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2021/03/HP_FB_Klimademo_19-03-21.pdf

AUSBLICK

Montag, 12. April 2021 – 19.00 Uhr

Online-Diskussionsveranstaltung:
Die Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima zeigen: Atomkraft ist kein Ausweg aus der Klimakatastrophe.
Interessierte bitte anmelden unter: ggae@gmx.at.
Einen Tag vor dem Termin erhalten Sie den Online-Teilnahme-Link.

Samstag, 1. Mai 2021 – ab 9.00 Uhr

Kundgebung: **Für ein neutrales, unabhängiges und demokratisches Österreich!** Gegen Faschismus und Krieg! Für Demokratie und Sozialstaat! Klimaschutz statt Profitschutz – Sozialwirtschaft statt Profitwirtschaft! Ort: Ring, Wien, vor dem Burgtheater. 9.00 – 13.00 Uhr.

17. Mai 2021 – 19.00 Uhr

Online-Diskussionsveranstaltung:
Österreichs Neutralität in Gefahr! Von der Neutralität via EU-PESCO rein in die NATO-Realität?!
Interessierte bitte anmelden unter: ggae@gmx.at.
Einen Tag vor dem Termin erhalten Sie den Online-Teilnahme-Link.

Anmeldung mit Angabe des jeweiligen Termins unter: ggae@gmx.at



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

*Mit kollegialen Grüßen
„Gewerkschafter*innen gegen
Atomenergie und Krieg“*

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW; **Empfänger*in:**
Gewerkschafter gegen Atomenergie,
Verwendungszweck: Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida



Österreichische Post AG
SP 20Z042140 S
Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Datenschutzerklärung siehe:
www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum/